

**V-1-022: Für eine gerechte und solidarische Migrationspolitik:
Menschlichkeit statt Abschottung**

Antragsteller*innen Tariq Kandil

Antragstext

Von Zeile 21 bis 25:

Deutschland und Europa müssen sich dafür einsetzen, sichere Fluchtwege zu schaffen. Mit eigenen Booten und Flugzeugen muss ermöglicht werden, dass Menschen aus Krisengebieten leicht fliehen können, dafür setzen wir uns auch für Sonderaufnahmeprogramme ein, wie z.B. aus Gaza oder dem Libanon. Das Sterben auf dem Mittelmeer muss beendet und Seenotrettung vollständig legalisiert werden. Frontex muss zudem abgeschafft werden. Zudem lehnen wir das Konzept der "sicheren Drittstaaten" ab. ~~Auch das Konzept der "sicheren Herkunftsländer" sollte kritisch hinterfragt werden~~ und setzen uns für einen sofortigen, dauerhaften Abschiebestopp ein.

Begründung

Menschen sterben auf der Flucht: mag ich nicht

Frontex: mag die nicht :(

Abschiebungen: mag ich nicht

**V-1-024: Für eine gerechte und solidarische Migrationspolitik:
Menschlichkeit statt Abschottung**

Antragsteller*innen Ocean Renner

Antragstext

Von Zeile 23 bis 25:

vollständig legalisiert werden. Zudem lehnen wir das Konzept der "sicheren Drittstaaten" ab. Auch das Konzept der ~~"sicheren Herkunftsländer" sollte kritisch hinterfragt werden~~ "sicheren Herkunftsländer" lehnen wir entschieden ab.

**V-1-026: Für eine gerechte und solidarische Migrationspolitik:
Menschlichkeit statt Abschottung**

Antragsteller*innen Joachim Janas

Antragstext

Von Zeile 26 bis 31:

Deutschland und Europa haben aufgrund ihrer kolonialen Unterdrückung im Bereich der globalen Partnerschaften eine besondere historische Schuld & Verantwortung. Neben der solidarischen Migrations- und Integrationspolitik muss der Fokus zusätzlich auf der Bekämpfung der Fluchtursachen liegen - Dieser Verantwortung können Deutschland und Europa ~~bereits jetzt~~ nur teilweise gerecht werden, indem nötige finanzielle Mittel in ausreichender Höhe entsprechend bereitgestellt werden. Die bisherige Konzeption der Entwicklungspolitik muss kritisch hinterfragt werden. Geld allein ist nicht die Lösung, sondern es Bedarf eines regen Wissenstransfers, einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe, Transparenz gegen Korruption, der Wahrung kultureller Identitäten, Friedenssicherung - im Allgemeinen einem Zugeständnis die Lebensbedingungen vor Ort drastisch zu verbessern. Neokoloniale Abhängigkeiten müssen vermieden werden.

Begründung

Das Wort Entwicklungszusammenarbeit ist streitbar - ohne Frage. Aber vor allem nehmen viele die Bedeutung von außenpolitischer Diplomatie nicht ernst genug. Statt Hetze gegen Fahrradwege in Peru können wir z. B. von den Bewässerungsmethoden in Ruanda lernen, um uns gegen Trockenheit zu schützen (Klimawandelanpassung). Globale Beziehungen zu pflegen ist nicht nur für die Wirtschaft entscheidend, sondern vor allem, für Solidarität und Klimaschutz. Eine Wertegeleitete Außenpolitik statt Realpolitische Verweichlichung. Dies ist nicht nur eine Aufgabe von Staaten, sondern Kommunen, Zivilgesellschaftlichen Organisationen und Unternehmen. Hier kann auf Partnerschaften, Bildungsaustausch, fairer Handel & Beschaffung gesetzt werden. Entwicklungspolitik darf kein einseitiges Geben & Nehmen sein. Leider wird das häufig missverstanden und steht bei Haushaltskürzungen zuerst auf dem Spiel. Gleichzeitig ist es wichtig, dass globale Lieferketten verkürzt werden und weder Abhängigkeiten verstärken,

noch Ausbeutung fortführen.

V-4-NEU1-060: Überall Krieg, nirgendwo Schutz

Antragsteller*innen Landesvorstand GRÜNE JUGEND
Hamburg (dort beschlossen am:
03.12.2024)

Antragstext

Von Zeile 59 bis 61:

Das Vorgehen der israelischen Streitkräfte im Gazastreifen beobachten wir mit großer Sorge und unterstützen eine unabhängige Untersuchung möglicher von Völkerrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen. Humanitäre Organisationen warnen

Begründung

Die bisherige Formulierung stellt in Frage, dass es überhaupt zu Kriegsverbrechen gekommen ist. Angesichts stichhaltiger Anhaltspunkte für Völkerrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen, halten wir es für legitim zu fordern, dass diese unabhängig untersucht werden.

V-4-NEU1-064: Überall Krieg, nirgendwo Schutz

Antragsteller*innen David Fister

Antragstext

Von Zeile 63 bis 65:

Gebäude im Gazastreifen sind zerstört. Gleichzeitig schränkt die israelische Regierung nachweislich die Zufuhr von Hilfsgütern ein. ~~Als GRÜNE JUGEND~~ Angesichts der humanitären Lage im Gazastreifen darf Deutschland keine weiteren Waffen an Israel liefern. Außerdem fordern wir die israelische Regierung auf, die Lieferung humanitärer Hilfe ungehindert

Begründung

Zerstörte Infrastruktur, eingeschränkte Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser und medizinischer Hilfe - die humanitäre Situation im Gazastreifen ist katastrophal. Die Bemühungen, die Situation im Gazastreifen durch diplomatisches Einwirken zu verbessern, haben bisher, wenn überhaupt, nur begrenzt Erfolg gezeigt. Spätestens nach dem Haftbefehl des IStGH muss Deutschland seiner Verantwortung nachkommen und alles dafür zu tun, dass es endlich zu einem Waffenstillstand kommt. Dazu gehört auch, keine Waffen mehr zu liefern.

V-4-NEU1-191: Überall Krieg, nirgendwo Schutz

Antragsteller*innen Constantin Heinold, Maximilian Mayr, Moritz
Kunisch, Lukas Wölfert, Daniel Mareyen,
Christian Geiger

Antragstext

Von Zeile 191 bis 195:

Die Vereinten Nationen, die internationalen Gerichtshöfe sowie deren Organe sind zentrale Säulen einer völkerrechtsbasierten Ordnung und genießen in ihren Einschätzungen unser Vertrauen. Sie müssen von uns gegen Angriffe, im besonderen auf ihr Glaubwürdigkeit, Autorität und Handlungsfähigkeit verteidigt werden. Dafür ist eine wertegeleitete Sanktionspolitik ein effektives Werkzeug.

Urteile und Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofes umzusetzen, ist Deutschlands vertragliche Pflicht. Als solche bedarf sie keiner Interpretation. Gemäß Art. 89 IStGHSt müssen die Vertragsstaaten Ersuchen des Internationalen Strafgerichtshof um Festnahme und Überstellung einer mit Haftbefehl gesuchten Person, die sich in einem Mitgliedsstaat aufhält, Folge leisten. Auch nationales Recht regelt diesen Fall im IStGH-Gesetz § 9 eindeutig.

Sich klar zu dieser Pflicht zu bekennen und den Ersuchen des IStGH nachzukommen, muss eine Selbstverständlichkeit jeder deutschen Politik sein.

~~Die Vereinten Nationen und deren Institutionen, sind zentrale Säulen einer völkerrechtsbasierten Ordnung und müssen von uns gegen Angriffe verteidigt werden.~~ Wir verpflichten uns, in unserer Außenpolitik eine faktenbasierte, menschenrechtsorientierte und regelbasierte Herangehensweise zu verfolgen, um

Nach Zeile 196 einfügen:

Uns selbst und unsere Partner*innen müssen wir an diesen Werten messen.

Begründung

Die letzten Monate und Wochen haben gezeigt, wie fragil unser internationales Justizsystem ist.

Immer mehr Staaten sprechen ihm die Glaubwürdigkeit ab, Drohungen werden an Entscheidungsträger und deren Umfeld gerichtet, Verträge bewusst missachtet.

Diese Handlungen kann die GRÜNE JUGEND nicht gutheißen.

Für uns muss immer klar sein: Die Bundesrepublik setzt ihre gesetzlichen Pflichten um und kommt den Ersuchen der internationalen Gerichte nach. Sie muss sich klar zu dieser Pflicht bekennen, egal ob politisch opportun oder nicht.

Wir unterstützen internationale Gerichte in ihrer Ermittlungsarbeit und helfen bei der

Umsetzung ihrer Urteile und Haftbefehle. Wir schützen die Gerichte vor Einflussnahme und bewahren ihre Unabhängigkeit.

V-4-NEU1-202: Überall Krieg, nirgendwo Schutz

Antragsteller*innen Landesvorstand GRÜNE JUGEND
Hamburg (dort beschlossen am:
03.12.2024)

Antragstext

Von Zeile 201 bis 203 einfügen:

Als Jugendverband sind wir nicht die richtigen Ansprechpersonen, um alle kriegerischen Konflikte zu beenden, dennoch trägt der Verband die Verantwortung sich zu diesen Themen weiterzubilden. Dafür unterstützt der Bundesvorstand die Landes- und Kreisverbände. Trotzdem sind wir in einem sicher: Wir stehen zu jeder Zeit und in jedem Konflikt an der Seite der Zivilbevölkerung und

Begründung

Bildungsarbeit ist einer unserer Kernaufgaben. Das Kriegsgeschehen auf der Welt interessiert und betrifft uns alle! Das sehen wir dadurch, dass diese Themen immer wieder bei verschiedenen Treffen angesprochen werden. Um aber auch auf sachlicher Ebene miteinander sprechen zu können, brauchen wir Bildung. Hierfür soll der Bundesvorstand die Landes- und Kreisverbände unterstützen.

V-5-056: Solidarität statt Rechtspopulismus: Für eine diskriminierungsfreie Sprache im Wahlkampf!

Antragsteller*innen Moritz Jahns (LaVo Thüringen)

Antragstext

Von Zeile 55 bis 57:

Zuwanderung" geschrieben wird. Das Narrativ von Migration als vermeintlich ungesteuerter "Gefahr", die "reduziert" werden müsse, ~~ist für uns befremdlich~~ lehnen wir ab, da auch hier unschuldige Menschen unter Verdacht gestellt und entmenschlicht